

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Geschäftsstellen entgegen. Unser Streifenbezugspreis für Deutschland, Pommern, das Saar und Mecklenburg sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Vorpommern M. 23.— für das übrige Ausland M. 30.—

Die neugegründete Konzeptions- oder deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Inserentenlohn. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft der 2.— M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Inserentenlohn. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Werbetexte und Briefwechsel 2,75 M. netto pro Seite. Stellen-Gesuche in Werbeanzeigen das letzte Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1.— M.

Bernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Berliner Gasanstalten stillgelegt!

Die Lage in den städtischen Betrieben

Wie wir bereits in der heutigen Morgennummer der „Freiheit“ mitteilten, haben die Belegschaften der Gaswerke Charlottenburg, Lichtensberg und Schmaragdener beschlossen und diesen Beschluß bereits ausgeführt, solange in passiver Resistenz zu verharren, bis der Magistrat in verbindlicher Weise erklärt, daß die laufend-Mark-Unterstützung sofort ohne weitere Verzögerung ausgezahlt wird. Dieser Beschluß bezieht sich nicht auf die Belegschaften sämtlicher Groß-Berliner Gasanstalten aus, die zwar heute morgen in ihren Betrieben erschienen sind, jedoch in passiver Resistenz verharren. Lediglich Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Arbeiter haben durch ihre Funktionäre mitteilen lassen, daß sie ihre Haltung erst dann ändern werden, wenn sie die verlangte verbindliche Erklärung vom Magistrat erhalten.

In den städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerken finden Betriebsversammlungen statt, in denen über die Frage, ob eine Unterstützung der Gasanstaltsarbeiter durch eine Beteiligung am Streik stattfinden soll, abgestimmt wird. Die Elektrizitätsarbeiter Charlottenburgs haben bereits beschlossen, die Gasanstaltsarbeiter zu unterstützen. Wie wir vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erfahren, bezieht sich die Ausstandsbewegung immer weiter aus, die Arbeiter der Charlottenburger Gasanstalten sind bereits in den Ausstand getreten.

Erfolgreiche Verhandlungen im Rathause

Zwischen Magistrat und der Verhandlungskommission des freigewerkschaftlichen Tarifrats fanden in den Vormittagsstunden Verhandlungen über die Forderungen der städtischen Arbeiter statt, während zu gleicher Zeit eine außerordentliche Magistratsitzung sich mit der Lage in den städtischen Betrieben und der Belassung des Konfliktes befaßte. Die Vertretung der Arbeiter kam zu folgendem Beschluß:

1. Die heute zur Beratung eingeladenen Verhandlungskommission des freigewerkschaftlichen Tarifrats hält entgegen dem Vorschlag des Magistrats an der eingereichten Forderung einer an alle Beschäftigten gleichmäßig zu zahlenden Beschäftigungsbefreiung von 1000 Mark fest.

Angeichts der bedrohlichen Situation, die sich infolge spontanen Vorgehens der Arbeiterschaft in einer größeren Anzahl von Betrieben gebildet hat, wird aber die Verhandlungskommission das Ergebnis des Magistratsbeschlusses abwarten.

gez. Pogosjinski.

Aus den Verhandlungen des Magistrats ergab sich im Laufe der Debatte folgende Auffassung: Die einheitliche Wirtschaftsbefreiung wird wahrscheinlich abgelehnt werden. Dagegen ist der Magistrat bereit, die Sätze von Reich und Staat auch für die Arbeiter anzunehmen. In den drei Hauptgruppen betragen die Sätze, die für die städtischen Arbeiter der Berliner Werke in Frage kommen würden, bei Bewilligung einer Nachzahlung ab 1. Oktober 584 bis 710 Mark, wozu noch für jedes Kind eine Zulage von 250 Mark tritt.

Der Magistrat ist bereit, die Auszahlung sofort vorzunehmen, und es liegt an den städtischen Arbeitern, durch Annahme dieses Vorschlags, der für die kinderreichen Familien weit mehr als 1000 Mark sofort bringen würde, den Termin zu bestimmen, an dem sie das Geld erhalten werden. Die Auszahlung ist bereits vorbereitet, und es bedarf nur der telephonischen Anweisung nach Charlottenburg, um die Auszahlung heute noch beginnen zu lassen.

Um die Auffassung der Arbeitervertreter und des Magistrats einander näher zu bringen, haben die anwesenden Stadtverordneten der U. S. P. einen Vorschlag gemacht, der die Sätze des Reiches auf eine einfachere Grundlage bringt. Sie beantragen die Zahlung einer Beihilfe, die für männliche Arbeitnehmer 700 M., für weibliche 600 M., für Jugendliche und Mindererwerbsfähige 500 M. betragen soll. Dazu treten für jedes Kind 250 M., so daß auch dieser Vorschlag den kinderreichen Familien eine wesentlich höhere Summe als 1000 Mark bringt.

Die Verhandlungen im Rathause dauerten bei Redaktionsschluss noch an. Soviel kann aber schon gesagt werden, daß die Wiederaufnahme der Arbeit im Laufe des heutigen Tages noch erfolgen wird, da die städtischen Arbeiter es in der Hand haben, die Beihilfe sofort ausgezahlt zu erhalten und bei den bedürftigeren kinderreichen Familien sogar in einer Höhe, die über die Summe der schematisierten 1000 M. hinausgeht.

Washington

A. S. Der Weltkrieg, in dem die Völker Europas sich zerfleischten, hat nicht mit dem Sieg einer der kriegsführenden Mächtekoalitionen, sondern mit dem der Vereinigten Staaten geendet, die nur in der letzten Phase des Krieges der Entente aktive Hilfe leisteten. Alle Völker Europas sind ihnen nun tributpflichtig geworden; Ströme von Gold fließen seit Jahren aus allen Ländern nach dem neuen Zentrum der Weltwirtschaft; amerikanisches Kapital, gewaltig im Kriege angewachsen, bringt Anlage heischend in alle Produktionsstätten und Rohstoffgebiete der alten Welt ein, und der Dollar, der neue Herr der Welt, zwingt die Wirtschaft und die Finanzen aller Länder unter sein Gebot.

Die notwendige Folge der Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunktes nach den Vereinigten Staaten ist auch das gewaltige Anschwellen des politischen Einflusses der großen amerikanischen Republik. Wie sich nach dem deutschen Siege 1870/71 der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung Europas nach Deutschland verschob, so verschiebt sich nun, infolge der Vorherrschaft Amerikas auf dem Weltmarkt, der Schwerpunkt der internationalen Politik nach den Vereinigten Staaten.

Der äußere Ausdruck dieser politischen Hegemonie der Vereinigten Staaten ist die heute beginnende Staatenkonferenz in Washington. Seit Monaten haben die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte die sorgfältigsten Vorbereitungen für diese Konferenz getroffen. Seit Monaten werden in der Presse dieser Länder in eingehendster Weise die auf der Tagesordnung stehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen diskutiert. Seit Monaten befindet sich die gesamte Politik der Alliierten, mag sie in noch so entfernter Beziehung zu den Beratungsgegenständen in Washington stehen, unter dem Druck dieser Konferenz, deren Ergebnisse von der Gruppierung abhängen, in der die Teilnehmer in Washington erscheinen.

Ursprünglich ist die Konferenz in Washington deshalb angelegt worden, weil die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses große Unstimmigkeiten, sowohl zwischen England und den Vereinigten Staaten, wie innerhalb des britischen Weltreiches, zwischen Großbritannien und den Dominions hervorrief. England hat seinerzeit, zu Anfang des Jahrhunderts, das Bündnis mit Japan geschlossen, um mit seiner Hilfe das Vordringen Russlands in Asien abzuhalten und einen schlagfertigen Sekundanten an den Küsten des Stillen Ozeans zu erhalten. In den seitdem verfloßenen zwei Jahrzehnten hat sich die internationale Situation stark verändert. Zwar ist auch heute noch das Bündnis Japans für England außerordentlich wichtig, einmal, weil es die Hilfe Japans gegen ein aus seiner jetzigen Zerissenheit wiedererstehendes Russland braucht, andererseits, weil das Bündnis mit Japan England die Möglichkeit gibt, die imperialistischen Appetite Japans in China zu zügeln und es daran zu hindern, die Parole „Asien den Asiaten“ in die Wirklichkeit umzusetzen. Aber gleichzeitig muß England auch auf die neue Situation am Stillen Ozean Rücksicht nehmen. Seit dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses ist Japan zur stärksten militärischen Macht im fernen Osten geworden, die sich nicht nur in Korea, in der Mandchurei, in Ost-Sibirien, in Schantung festsetzt hat und den großen zukunftsreichen chinesischen Markt an sich zu reißen sucht, sondern die auch ihre Auswandererströme nach den Westküsten Amerikas, nach Australien und nach den zahlreichen Inselgruppen der Südsee hinausendet und in scharfer wirtschaftlicher Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten und den englischen Dominions tritt.

Diese Gegnerchaft zu Japan hat sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada und Australien heftige Proteste gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses ausgelöst. Auf der vor einigen Monaten stattgefundenen englischen Reichskonferenz haben die Vertreter der Dominions energisch gegen das Bündnis mit Japan opponiert. Kanada nimmt in der Frage der japanischen Einwanderung und des Handels mit China dieselbe Stellung ein wie die Vereinigten Staaten. Südafrika will nicht in einen Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten verwickelt werden. Andererseits üben die Vereinigten Staaten, die eine Schädigung ihrer asiatischen Interessen durch die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses befürchten, einen starken Druck auf England aus, der um so nachhaltiger ist, je mehr es für England zur Notwendigkeit wird, die heftige Konkurrenz auf dem Gebiete der Rüstungen, der Mandate und des Welt Handels, die zwischen ihm und den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist, durch irgendein Abkommen beizulegen.

Dem Zweck, dieses Abkommen herbeizuführen, soll die nun einberufene Washingtoner Konferenz dienen. Einerseits soll hier ein Ausgleich gefunden werden zwischen den widerstreitenden Interessen Englands, der Vereinigten Staaten und der Dominions, andererseits soll aber auch die offene Gegnerchaft Japans gegen die angelsächsischen Mächte verhindert werden, die unter Umständen den ganzen asiatischen Kontinent in Brand stecken könnte. Neben dieser Hauptfrage steht die Frage der Rüstungsbeschränkungen auf der Tagesordnung. Offiziell hat Harding die Washingtoner Konferenz als Abrüstungskonferenz bezeichnet.

Das Programm der Washingtoner Konferenz

CC. Washington, 12. November.

Das Staatsdepartement hat den auswärtigen Delegationen für die Eröffnungssitzung folgendes Programm zugesandt: Die Sitzung beginnt um 10,30 Uhr nach amerikanischer Zeit in der Continental Memorial Hall. Die Sitzung wird durch ein Gebet des Rev. Abernethy, des Pastors von Cavalry von der Baptistenkirche, eröffnet werden, worauf Präsident Harding seine Ansprache halten wird. Irgendeine Antwort hierauf wird nicht gegeben werden, sondern der Präsident wird sich sofort nach seiner Rede zurückziehen. Staatssekretär Hughes wird sodann die Anrede geben, daß sich die Konferenz organisieren möge und ihren Präsidenten wähle. Der neugewählte Präsident wird sodann eine Ansprache halten. Nach der Wahl des Generalsekretärs und der Kommissionen wird die Beratung der Konferenz auf Dienstag vorgeschlagen werden. Es werden zwei Kommissionen gewählt werden, deren eine sich mit der Einschränkung der Rüstungen, die andere mit den Fragen des Stillen Ozeans befaßt soll.

Die Vorschläge Amerikas

Als erste Frage steht die Abrüstung zur See auf der Tagesordnung. Was die Sonderabmachungen anbetrifft die Amerika vorgeschlagen wird, um eine Regelung der Frage des Fernen Ostens herbeizuführen, so läßt sich nach zuverlässigen Mitteilungen darüber folgendes sagen:

1. Die Zugänge nach Sibirien, die gegenwärtig von Japan blockiert werden, sollen freigegeben werden.
 2. Die ostchinesische Eisenbahn soll internationalisiert und neutralisiert werden.
 3. Ein Finanzkonkordatium soll gegründet werden als wirksames Mittel für die Durchführung einer internationalen Aktion. Die Mandchurei und die Mongolei sollen in diese Aktion miteinbezogen werden.
 4. Japan wird seine Rechte auf die südmandchurische Eisenbahn behalten und seinen Postvertrag für die Hauptinsel Hainan im Jahre 1923 erneuern.
 5. Alle öffentlichen chinesischen Anleihen, sowohl Staats- wie Provinzialanleihen, sollen durch Vermittlung eines Konkordatsium zur Ausgabe gelangen.
 6. Allen Privatunternehmungen soll Gleichheit der Rechte zuerkannt werden.
 7. Alle Prioritätsbestimmungen und Exklusivitätsrechte, die irgendeiner Macht eine Art Monopol erteilen, sollen in Zukunft ausgeschlossen sein.
- Die Konferenz über die Fragen des Stillen Ozeans wird sich mit drei den Fernen Osten betreffenden Fragen befassen und zwar: 1. Chinesische Angelegenheit; 2. Sibirische Angelegenheit; 3. Zuteilung der Mandate über gewisse Gebiete. Die Fragen, die auf

China und Sibirien Bezug haben, zerfallen in folgende zwei Gruppen: 1. Grundfrage. 2. Anwendung dieser Grundfrage.

Die letzte Gruppe wird in sechs Abschnitte zerfallen: 1. Territoriale Unversehrtheit. 2. Aufrechterhaltung der Verwaltungsgewalt. 3. Offene Tür. 4. Außerordentliches Recht, Monopole und Privilegien, die zugestanden werden sollen. 5. Chinesische Eisenbahnen, insbesondere die ostchinesische Eisenbahn. 6. Gegenwärtige Lage und Erwägung, wie weit die internationalen Verpflichtungen in China erfüllt werden.

Die Hauptfrage

CC. Paris, 12. November.

Der „New York Herald“ meldet aus Washington, daß die Hauptfrage, die alle Delegierten beschäftigen, die englisch-japanische Allianz sei. Diese Allianz werde als die gefährlichste Angelegenheit betrachtet, und infolgedessen wird sie die Hauptrolle spielen, wenn die endgültigen Entscheidungen bezüglich Chinas und des Fernen Ostens getroffen werden sollen. Großbritannien wird darauf beharren, daß diese Allianz weiterbestehen bleibt oder etwas ihr Ähnliches geschaffen werde, und zwar in Form einer Allianz zu dreien. Japan wird sich auf den Standpunkt stellen, daß die Allianz bisher den Frieden im Stillen Ozean sicherte und deshalb nicht aufgegeben werden solle, ehe nichts Gleichartiges dafür angeboten werde. Japan wird also eine Allianz zu dreien zwischen Japan, England und Amerika oder eine Allianz zu fünf, wobei noch Frankreich und Italien hinzukämen, vorschlagen.

Protest der Frauen gegen den Krieg

London, 12. November.

Auf einer gestern hier abgehaltenen Zusammenkunft von Frauen, die eine große Anzahl von Organisationen mit etwa 4½ Millionen Mitgliedern vertreteten, wurde beschlossen, an die Liga amerikanischer Frauen in Washington ein Votum zu senden, in dem erklärt wird, es dürfe keinen Krieg wie den letzten mehr geben. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die amerikanischen Frauen gemeinsam mit den englischen zur Schaffung einer öffentlichen Meinung beitragen, die einen dauernden Frieden in allen zivilisierten Ländern sichert.

Stinnes in Ungarn

Die internationale Pressekorruption

(3.) Wien, 12. November.

Wie die „Arbeiter-Zeitung“ aus Budapest meldet, soll Stinnes die Mehrheit der Aktien der Athenäum-Druck- und Verlags-G. & Co. erworben und damit die Zeitungen „Arbeiter“, „Morgen- und „West-Napoleo“ in seinen Besitz gebracht haben. Diese Blätter haben bisher in der ungarischen Königstafel legitime Tendenzen vertreten.

net. In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um Abklärung, sondern um die Herbeiführung einer billigeren Klüftung. Kein Teilnehmer der Washingtoner Konferenz denkt ernstlich daran, die Rüstungspolitik preiszugeben, denn alle stehen auf dem Boden der imperialistischen Politik, die mit fortgeschrittenen Rüstungen zu Wasser und zu Lande untrennbar verknüpft ist. Alles, was diese imperialistischen Staaten anstreben, ist eine gegenseitige Verständigung über die Anwendung billigerer Lösungsmethoden (etwa durch den gemeinsamen Ausbau der chemischen Kriegsführung), die mit einer gewissen Einschränkung der Rüstungen verknüpft wäre. Denn die gewaltigen Aufwendungen für die Armeen und Flotten, deren Stärke im Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht ab-, sondern zugenommen hat, drücken schwer auf die Finanzen der alliierten und assoziierten Mächte, deren Völker, unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit, der vermehrten Steuerbelastungen usw. mehr und mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß die arbeitenden Massen aller Länder, der siegreichen, wie der besiegten, als Besiegte aus dem Weltkriege hervorgegangen sind.

Aber auch die kapitalistischen Klassen der Siegerländer haben ihre Sorgen. Die amerikanischen Dollarkönige, die auf den Goldsäden sitzen, welche aus dem Blute der im Kriege gefallenen Millionen gemünzt wurden, wissen nicht, wo sie ihre Waren absetzen, wie sie der Arbeitslosigkeit, die sich gegenwärtig auf 6 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten erstreckt, abhelfen könnten. Die Reparationskriege in Deutschland und der wirtschaftliche Zerfall Mittel- und Osteuropas hemmt die Absatzmöglichkeiten Amerikas, während die künstlich erzeugte Hochkonjunktur in Mitteleuropa den Weltmarkt mit billigen Waren überschwemmt und die Industrien Englands und der Vereinigten Staaten stilllegt. Andererseits sind die amerikanischen Kapitalmagnaten besorgt, ob sie die gewaltigen Anleihen, die England, Frankreich und die übrigen Ententestaaten bei ihnen gemacht haben, zurückerhalten werden. Der immer dringender werdende Ruf nach Streichung dieser Schulden hat die amerikanische Bankwelt in starke Nervosität versetzt. Offiziell wird zwar bestritten, daß die Frage der Ententeschulden auf der Washingtoner Konferenz erörtert werden wird. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Frage, die den Schlüssel zur Lösung der Reparationskrise bildet, in dieser oder jener Form in Washington zur Behandlung gelangen wird.

So spielen in die Washingtoner Konferenz, die scheinbar nur den Fragen des ferneren Ostens gewidmet ist, auch die wichtigsten Fragen der europäischen Wirtschaft und Politik hinein. Die Gruppierung der Mächte in Washington wird nicht nur durch ihre Stellung zu den Hauptverhandlungsfragen, sondern auch durch die zahlreichen Gegensätze und Reibungen zwischen diesen Mächten in Europa, Asien, Afrika usw. beeinflusst werden. Von dem Ausgang der Washingtoner Konferenz hängt nicht nur die Gestaltung der Weltpolitik in den nächsten Jahren, sondern in vieler Hinsicht auch das Schicksal jener Mächte ab, die, wie Deutschland und Rußland, aus Subjekten der Weltpolitik in ihre willkürliche Objekte verwandelt worden sind.

Der Koch als Kannegießer

In Bremen findet gegenwärtig der demokratische Parteitag statt. Der frühere Reichsminister Koch hielt aus diesem Anlaß am Freitag eine Begrüßungsansprache, die auf einem so hohen politischen Niveau stand, daß es notwendig ist, einige Sätze daraus wiederzugeben. „Ich lenne“, so sagt Herr Koch, „keine andere Politik, als mein Vaterland so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Die letzten künftigen Pläne der Entente dürfen wir nicht reifen lassen. Wir müssen immer und immer wieder Protest erheben.“ Nach diesen tiefgründigen Weisheiten kam Herr Koch auf die Kriegursachen zu sprechen und verurteilte folgendes: „Russische Eifersucht, englischer Neid und französische Rachsucht haben den Krieg verschuldet.“ So macht Herr Koch auf der Tagung einer Partei, die ernst genommen sein will, Geschichte. Natürlich strebt Herr Koch auch die große Koalition an: „Lassen wir die Gemüter nicht über

die lastische Frage sich erheben, wie die große Koalition zustande kommen soll. Die Hauptsache ist die Schaffung einer breiten Basis.“

Die Hauptsache ist also die „breite Basis“. Wenn es not tut, macht sie Herr Koch auch mit Deutschnationalen, Anarchisten, Rühlfisten und Debalisten. Und ein Mann von solchen Qualitäten ist Führer einer politischen Partei. Wir sehen, die Stammtische der völkerverfehlenden Heimkrieger sind eine böse Erbschaft!

Die Volkspartei jubelt!

Es ist nirgends ein sozialistischer Ton angeschlagen!

In der nationalliberalen Korrespondenz, dem offiziellen Pressedienst der Deutschen Volkspartei wird das Programm der neuen preussischen Regierung besprochen und darauf hingewiesen, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen hat, dem neuen Kabinett auf Grund der abgegebenen programmatischen Erklärungen das Vertrauen auszusprechen. Lobend wird hervorgehoben, daß das neue Kabinett in der Lage sei, endlich Latenzen zu zeigen. Dann erfahren wir, warum gerade die Deutsche Volkspartei mit diesem Kabinett so sehr zufrieden ist:

„Daß die Regierungserklärung eine brauchbare Grundlage für eine solche praktische Latenzregierung bildet, kann ersthaft von niemandem bestritten werden. Es ist sicherlich bezeichnend, daß sich ausschließlich die unabhängige und die kommunistische Linke gegen das Regierungsprogramm auflehnten, in wilden Zwischenrufen und in den Reden ihrer Sprecher. Das beweist am besten, daß die extreme Linke das praktische Arbeitsprogramm der neuen Regierung als ein Schlag gegen ihre Wühlarbeit empfindet. Wenn dabei die heftigsten Schmähworte und Schimpfreden gegen die Deutsche Volkspartei gerichtet wurden, so kann man daraus zum mindesten den Schluß ziehen, daß die neue Regierung sich nicht nach links hat abdrängen lassen. Die nationalen Fragen, die den preussischen Staat insbesondere angeht, finden denn auch in der Erklärung eine warmherzige Würdigung. Auch das Verbotnis zum preussischen Staatsgedanken berührt wohlwollend. In den wirtschaftlichen und kulturellen Fragen wird nirgends ein sozialistischer oder einseitiger Ton angeschlagen, sondern es ist überall die Form gefunden, der jeder zustimmen kann, der auf praktische Ausdauer den entscheidenden Wert legt.“

Auch was über die Erziehung der Jugend zur „Staatsgewinnung“ gesagt ist, entspricht den Erwartungen der Volkspartei. Bei der versprochenen Demokratisierung der Verwaltung ist es der Volkspartei nicht bange, daß ihre Grundzüge Anwendung finden, und in bezug auf die Beamtenfrage wird betont, daß die Volkspartei keine Bestimmung gutheißen werde, die die politische Meinungsfreiheit der Beamten beeinträchtigen könne. Das neue Kabinett habe, im Ganzen betrachtet, den Vortzug einer ganz sicheren Mehrheit, und der Anfang seiner Tätigkeit hinterlassen den Eindruck, daß die große Koalition es mit ihren praktischen Aufgaben ernst meine.

Die Deutsche Volkspartei hat allen Grund zum Jubeln. Es ist nirgends ein sozialistischer Ton angeschlagen, weder in kulturellen noch in wirtschaftlichen Fragen! Dieses Eingeständnis muß festgehalten werden, weil es alle Illusionen, die von rechts- und linkslicher Seite erweckt werden, von vornherein grausam zertrümmert. Ein Kabinett, das die ungeteilte Zustimmung der Deutschen Volkspartei findet, muß die Arbeiterschaft zwangsläufig in eine Kampffront gegen dieses Kabinett drängen.

Rädelsführer?

Die „Neue Fahne“ bequemt sich endlich dazu, einzugehen, daß der Amnestieertrag der Sowjetregierung sich nicht auf die politischen Gefangenen erstreckt, die auf Grund der Verfügungen der „Außerordentlichen Kommissionen“ eingekerkert worden sind. Sie fügt aber zu ihrer früheren Heuchelei noch die Niederträchtigkeit hinzu, diese nicht amnestierten politischen Gefangenen als „Rädelsführer“ zu bezeichnen, die nicht befreit werden dürfen.

Diese Behauptung ist eine freche Lüge. Wenn die in den Gefängnissen schmachtenden Proletarier wirklich die schlimmsten Feinde der Sowjetregierung sind, wenn sie überführt sind, die „Rädelsführer“ der sowjetfeindlichen Bewegung zu sein, warum werden sie dann nicht vor die revolutionären Tribunale gestellt, warum sperrt man sie auf Grund willkürlicher administrativer Verfügungen in die Gefängnisse?

Jeder, der die Verhältnisse im kommunistischen Sowjetparadies kennt, wird darauf nur die Antwort geben können, daß selbst die unter dem Druck der Sowjetbehörden stehenden Gerichtsbretter nicht in der Lage sind, die Schuld dieser angeblichen „Rädelsführer“ nachzuweisen und ein Urteil über sie zu fällen.

Vorbeugende Maßnahmen

Berlin, 12. November.

Gestern hat im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns begonnen. Mit einer Ausnahme waren die sämtlichen zuständigen Ministerien der Länder vertreten. Erster Gegenstand der Beratung war die Beschaffung von Arbeit für Gewerbetlose und Erwerbsbeschränkte für den Fall, daß die heutige äußerst günstige Lage des Arbeitsmarktes wieder einer tiefsten Einwärtsung Platz machen sollte. Ferner wurde eingehend über die Finanzierung des Wohnungsbauwesens im Jahre 1922 verhandelt. Die Besprechung wird heute fortgesetzt.

Zur Nachahmung empfohlen!

Ein Anti-Habsburg-Gesetz in der Tschechoslowakei

Prag, 12. November.

Nach den Bestimmungen eines Gesetzes, den die tschechischen Regierungsparteien in der nächsten Sitzung der Abgeordnetenkammer über die Verfassung der monarchistischen Propaganda unterbreiten wollen, sollen Mitglieder der Familie Habsburg, die ohne Erlaubnis tschechischen Boden betreten, eines schweren Verbrechen schuldig erklärt und mit schwerem Kerker von 5-10 Jahren bestraft werden. In gleicher Höhe soll bestraft werden, wer einem Habsburger den unerlaubten Uebertritt auf tschechisches Gebiet erleichtert. Mit lebenslänglichem Kerker soll bestraft werden, wer in irgendeiner Weise die republikanische Staatsform zu stürzen und einen Habsburger an die Spitze des tschechischen Staates zu bringen trachtet.

Auch in Deutschland würde es sich empfehlen, wenn mit ähnlichen Maßnahmen die Treibeieren der Hohenzollern und Wittelsbacher sowie ihres monarchistischen Anhangs unterbunden werden würden. Ehe hier nicht energisch zugegriffen wird, wird die Republik nie zur Ruhe kommen.

Die französischen Sozialisten gegen die Reparationspolitik

Paris, 12. November.

In der gestrigen Kammerdebatte über die Finanzlage sagte der sozialistische Abgeordnete Vincent Auried, die Besetzung des Ruhrgebietes werde nur zu Enttäuschungen führen. Die wirtschaftlichen Sanktionen hätten längst nur 140 Millionen Papiermark eingebracht, und um diese Summe zu erlangen, habe man Zollbeamte entsenden und die Jahresklasse 1919 mobilisieren müssen. Nach der Ansicht des Abgeordneten gibt es andere Mittel, um die Schuld Deutschlands einzubringen: Warenlieferungen, Beschäftigung deutscher Arbeiter und internationale Kredite.

Verweigerter Einreiseerlaubnis. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Interalliierte Kommission in Opatowitz die Einreiseerlaubnis für den kellererziehenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald, und für den Staatssekretär Dr. Göpper, die sich zu Vorbesprechungen mit Vertretern der ober-schlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollten, verweigert habe. Ueber die Gründe für diese auffällige Maßnahme wird nichts mitgeteilt.

Othello

Im Staatlichen Schauspielhaus

Jehners lang angekündigtem „Othello“ sah ich mit einer Befürchtung und einer Erwartung entgegen. Die Befürchtung hieß Jehner, die Erwartung Kortner.

Jehner sah ich der Schwierigkeit gegenüber, die unvergeßbare Aufführung des „Othello“ von Reinhardt vergessen zu machen. Reinhardts „Othello“ war seine nicht nur durch Regie, sondern auch durch Schauspielkunst vollkommene Aufführung. Von Kortner erwartete ich dagegen nach seinem Fabelngetüm in Shakespeares „Sturm“ einen Othello, dessen Wildheit einmal aus einem, wie soll man sagen, fieschen Regierum herauswachsen würde. Jetzt, eine Stunde nach der Aufführung, kann ich nur feststellen: es waren zwei Enttäuschungen. Jehner und Kortner haben verfehlt. Jehner hat das Werk verkannt, Kortner, daß er kein Othello ist, sondern ein Jago.

„Othello“ ist das wildeste von Shakespeares Dramen. Aber bei aller Meisterhaftigkeit hat Shakespeare nirgends gleich unwirksame Rechenexempel von Motivierungen eingeschlochten. Alles, was Shakespeare hineinbringt, um uns glauben zu machen, daß ein Intrigant vom Schlage Jagos die große Liebe des Mohren Othello zu Desdemona zerschellen könne, ist unwirksam. Mir scheint, diese Art von Erklärungen sind bei Shakespeare das Alte. Würde er heute leben, so würde er kühner die Liebe von Schwarz und Weiß und den Haß einer untergeordneten Kreatur aus den einzigen wahren Gründen der Menschenseele herleiten, nicht mit der albernen Psychologie unserer Literaten, sondern ähnlich aber mit jener Größe.

Für die Aufführung ist es daher gar nicht wichtig, daß der Zuhörer Othellos Eifersucht „verstehen“ lernt. Je klarer der Trug und die Täuschung und Desdemonas Unvorsichtigkeit von der Regie vorgezogen werden, um so weniger kann uns Othellos Willen bewegen. Die Wahrheit liegt ja doch nicht in Desdemonas geschlochenem Schnupftuch, über das sich Voltatre schon lustig machte, sondern in den Seelen dieser Menschen.

Was muß also gespielt werden? Die Wildheit des alten Benedit, mit seinen schnelgezügten Degen, Trankern und Jotenreihern. Der Paarungstrieb von Schwarz und Weiß. Die Brunst, die von der heißen Sonne gezeugt, dem Volke im Blute liegt und jedermann die lastigsten und drapflichsten Geschlechtswirle gestattet. Kurz, eine innerliche Welt der erstickten Leidenschaft, Menschen ohne Haß und ohne wahlloser Hölle.

Jehner spielt das Spiel aber ohne die entscheidende Umwelt. Wenn einmal eine Welle von türkischer Mußi und orientalischem Volksart auf die Bühne schlägt, so soll das Coperns Freude über Othellos Sieg andeuten, also das, was im Stück als Ganzes ja

ziemlich das Gleichgültigste ist. Die Welt der Kolorialabenteuer und die venezianische Freiheitswelt erscheint dagegen nur in kärglichster Staffage (mit echten Kostümen auf der stilifizierten Bühne!)

Die Tragödie orientalischer Leidenschaft kommt also nur in den eigentlichen Personen des Stückes zum Ausdruck, obwohl sie ohne ihre Umwelt teils unverständlich, teils ungreiflich dumm erscheinen. Jehner wollte mit aller Kraft gerade in dem ungeeignetsten Drama die Menschen auf sich selbst stellen. Er besteht daher das Drama von der Umwelt und konzentriert es auf Einzelschicksale. Damit uns diese Schicksale ergreifen können, müssen wir sie verstehen. Daher zieht Jehner mit der ihm eigenen Meisterhaftigkeit alle Szenen und Szenenfolgen fest zusammen, durch die Othellos Eifersucht verständlich wird. So klar haben wir allerdings das Drama des geschlochenen Schnupftuchs noch nicht gesehen. Aber ist das ein Vorteil? Mir! Schreden bemerkt der Zuhörer, daß Othello allen Grund zur Eifersucht hat und Desdemona sich höchst ungeschickt benimmt. Die Klarheit der Motivierung befriedigt trotzdem nicht. Aber dafür verliert das Werk seine Gewalt, seine Größe. Es ist nicht mehr die Tragödie der holden Desdemona, die ein gereizter Tiger zerreißt. Jehners „Othello“ ist Rationalismus, Bernünstelei, also so ziemlich der Gegensatz von Shakespeares.

Die Szenen spielen wieder dauernd auf einer Trepp. Das ist zu langweilig! Diesmal waren es vier Stufen, die die ganze Bühne füllten. Wenn Desdemona von unten aus dem Hofen heraufstieg, hatte es Sinn. Aber dauerndes plastisches Präsentieren der Figuren ist auf die Dauer abstoßend. Jehner nahm dadurch dem Shakespeare'schen Menschen seine Fülle, seine nach allen Seiten ausgebreitete Mannigfaltigkeit. Shakespeares Größe ist ja die, daß Othello nicht nur die Eifersucht an sich ist, sondern außerdem ein Stoßmann, ein vom Gilla begünstigter Hofsoldat, ein mächtiger, vielerlei in der Welt umfassender Mensch. Shakespeare stellt daher am seinen Haupthelden eine Gesellschaft, die ihn best, sich von ihm aber nicht der Art, sondern nur dem Grade nach unterscheidet. Sie alle sind Othellos, nur ohne Schicksal. Ganz konnte Jehner Shakespeares Figuren nicht zu mageren, expressiv-naturalistischen Romanen machen. Aber bemüht hat er sich schon. Räume wurden durch Einzelsäulen, ein Zimmer durch Balken auf der Treppe angedeutet. Selbst Desdemonas Bett mit Nachtisch stand in der Mitte der Bühne unter einem Riesenhimmel, wie in einem Freilichttheater. Welche grausame Verkennung der Shakespeare'schen Welt!

Aber da der Schauspieler auf der Bühne alles ist, hätte die Aufführung die Wildheit und Holdheit des Stückes gehabt, wenn Kortner ein Othello und Johanna Hofe eine Desdemona gewesen wären. Kortner war es überaus bemerkenswerte, die Hofe, wie vorzutreten war, nicht. Sie machte einen sehr sympathi-

schen, netzbürgerlichen Eindruck, und sie hätte, wie sie stand, sprach und gekleidet war, in jedem modernen Stück weiterspielen können. Die venezianische Wido'stochter war sie so wenig, wie die Verkörperung der weiblichen Unschuld, des Lammes, das sich nach Othellos Küßeln lehnt und daran stirbt. Sie war ohne Mußi, und dem letzten Akt nahm sie keine herrlichen Schreden. Man hatte kaum Mußi mit ihr.

Kortner begann mit Feuer und fügte sich mit bezauberndem Stillsitzen in seinen Krieg und seine Liebesabenteuer. Er sprach einige Zeilen mit einem großen Weinen des Herzens, das ergriff, so die herrlichen Worte: „Lieber Kröte sein — Und von den Dünsten eines Kerkers leben. — Wo das ein Winkel im geliebten Weken — Für andre sei.“ Ja, dieser Othello litt, aber alles deutete auf einen stillen Selbstmord und auf keinen tosenden Mord. Er hatte Othellos Liebe, Othellos Günstigkeit, Othellos freies offenes Herz, er hatte nicht: Othellos Schicksal. Er konnte aufsteigen, er konnte einen tödlichen Schmerz empfangen und uns ergreifen, aber er hatte nicht die Kraft zum tosenden Abstieg. Er hatte keine Tragik. Der Schluß war einfach schlecht.

Der Jago von Steinrück war ein über und krasser Fiesko, der unterwürdigkeit mit Habichtstellungen spielte. Gerade in Jehners Aufführung hätte der Jago die tragisch-küstere Persönlichkeit sein müssen, die Winterstein bei Reinhardt geschaffen hatte. Neben den großen Verlegern gab es viele kleine: Cassio, Emilia, Rodrigo usw.

Selbstverständlich bleibt Jehner wer er war: meine stärkste Hoffnung für die Entwicklung des Theaters, der wichtige Umgestalter der alten Hofbühne zu einem modernen Staatstheater. Aber der „Othello“ sei ihm und anderen eine Warnung. Man höre endlich auf, der ganzen Weltliteratur wahllos den neuen Theaterstil anzuzwingen. Einmal ist dies, Martin und Taut in Schillers „Jungfrau“ gelungen, aber seitdem nicht wieder.

Felix Stößinger

Traurig, traurig . . .

In jener großen Zeit, als das „Trocadero“ „Vaterland“, die „Adress“, „Anschrit“ und der „Kuchmarkt“ „Deutscher Will“ hieß — wie mag damals wohl das kleine Theater in der Einienstraße geheißen haben, das sich jetzt wieder „Jolles Caprice“ nennt? Ich weiß es nicht. Aber ich denke mit etwa „Deutsches Volkstheater“ oder „Brandenburgische Künstlerbühne“. Die Stadt, die man spielte, waren gewiß von Otto Ernst oder vielleicht auch von Adoff Barfels und ganz sicher durfte kein Mann auf die Bühne, der nicht feldgrau angezogen war und nicht das E. R. I. auf der Brust trug. Damals trugen sogar die Ballettufen des Metropoltheaters feldgrau. Ja, es war eine herrliche, große, edle deutsche Zeit!

Um so furchtbarer sind die Folgen der Revolution: keine einzige Ballettulle trägt mehr Feldgrau und das kleine Theater heißt wieder „Jolles Caprice“. Es küßt ihm aber nichts. Die deut-

Heran an die Sachwerte!

Die Abwehr des kapitalistischen Erpressungsversuchs

Der Reichsanzler empfing gestern die Führer der Rechtssozialisten und des Zentrums. Nach einem Bericht der „Völkischen Zeitung“ wichen deren Meinungen vorwiegend voneinander ab.

Während das Zentrum von einer Ablehnung der Bedingungen ohne weiteres abriet und eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen Industrie empfahl, hielten die Sozialdemokraten die Bedingungen der Industrie kaum für erörterungsfähig. Nach der Auffassung der Sozialdemokraten bedeuten sie, im Grunde genommen, daß das Großkapital als Entgelt dafür, daß es die Kreditkrisis gewähre, die eigentliche wirtschaftliche und politische Herrschaft über das ganze Reich verlange.

Der Verkauf der Reichseisenbahn an eine Privatgesellschaft, möge ihr auch welche Form immer gegeben werden, sei undiskutierbar. Man dürfe nicht übersehen, daß die Reichseisenbahn nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung habe und daß sie mit das wichtigste Bindemittel sei, das die einzelnen Teile des Reiches zusammenhalte.

In einem Gegenlag zu diesem Bericht steht der Leitartikel in der heutigen Morgenausgabe der „Germania“, der sich schärfend gegen die Forderungen des Großkapitals wendet und sie als eine politische Unmöglichkeit bezeichnet. Es wird daran erinnert, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um ein Opfer des Besten als Gegenstück zu den großen neuen indirekten Steuern handle und man ihnen gar nicht anders sagen, als daß die Verfertiger der Resolution des Industrieverbandes die Lage vollkommen verkannt hätten.

Das Blatt verlangt schließlich, daß der Reichstag sich möglichst bald mit dieser Materie befaßt. Aus diesen Ausführungen geht also hervor, daß auch das Zentrum sich gegen den Erpressungsversuch des Großkapitals wendet. Es darf aber nicht dabei sein Bewenden haben, daß der Reichstag einen formellen Protest einlegt, sondern der Gegenangriff der nicht kapitalistisch interessierten Teile der Bevölkerung muß sofort organisiert werden.

Die gewaltige Mehrheit des Volkes verlangt, daß die bestehenden Klassen bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zur Deckung der Staatslasten herangezogen werden. Sie fordert weiter, daß nicht die Substanz des Reiches an das Großkapital ausgeliefert, sondern daß umgekehrt die kapitalistische Substanz in den Dienst des Volksganges gestellt werde. Daher muß die Antwort auf die Herausforderung des großen Kapitals lauten: schnellste Durchführung der Ersassung der Sachwerte!

Diese Auffassung wird auch im heutigen Leitartikel des „Vorwärts“ vertreten, der die Gründe für die Defizitwirtschaft der staatlichen Betriebe aufzeigt und sagt, daß das

Defizit der Eisenbahnen sich in Gewinn der Privatindustrie umlege.

Es wäre nun allerdings wünschenswert, daß die Rechtssozialisten es nicht bei papiernen Protesten bewenden ließen, sondern ihre Beteiligung an der Reichsregierung dazu benutzten, um die von ihrem Zentralorgan ausgesprochenen Grundzüge in die Tat umzusetzen!

Im Vorausschuß des Verlehrsaußschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats fand gestern eine eingehende Aussprache über den vom Reichsverband der deutschen Industrie gefaßten Beschluß, die Reichseisenbahnen zu enteignen, statt. In dieser Aussprache wurde von allen Ausschußmitgliedern einstimmig und mit größter Bestimmtheit der Standpunkt vertreten, daß eine Ueberführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals mit den Interessen der deutschen Volkswirtschaft und des Bundes des Deutschen Reiches für unvereinbar und darum für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten sei.

Die Kundgebung des Städtetages

Der Breslauer Oberbürgermeister Wagner, der sich gegen die Entschlieung Wsch wandte, war der letzte Debattierender. Er war der Meinung, daß es nicht Sache der heutigen Versammlung sei, in Verhandlungen über die Brauchbarkeit der Besoldungsordnung in der vorliegenden Form zu treten. Damit unterstrich er freilich die Ausführungen des Genossen Bruno Wsch, daß der Städtetag die Gemeinden selbst zum Objekt der Gesetzgebung herabsetzt, wenn er es — wie es gestern tatsächlich geschah — bei einem platonischen Protest gegen die Ausschaltung der Gemeinden beläßt und nicht die Forderung auf Umgestaltung der Besoldungsordnung im Sinne der sozialistischen Resolution erhebt.

Oberbürgermeister Boeck brachte zunächst die Entschlieung des Vorstandes zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

Die deutschen Städte sind völlig außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Rechtslasten aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden; es fehlen ihnen sogar die Barmittel für die ersten unaufschiebbaren Auszahlungen.

Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige, allgemeine und laufende Ueberweisung von Vorschüssen zur Deckung der Verbrauchsausgaben, unter Ablehnung jeder Abstufung nach der Bedürftigkeit.

Vor allem erwarten die deutschen Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag die vorbehaltlose Bewilligung der endgültigen Deckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Erhaltung und Stärkung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, daß nun endlich ihnen die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringlichsten Aufgaben geschaffen werden. Sie erkliden die einzig mögliche Lösung darin, daß ihnen ihre noch vorhandenen Einkünfte völlig gestrichelt und durch planmäßige Anstellung aller öffentlichen Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.

Dann wurde über die Resolution Wsch in zwei Teilen abgestimmt. Der erste Teil wurde mit großer Mehrheit angenommen, während der zweite Teil gegen eine kleine Minderheit der unabhängigen Gemeindevertreter abgelehnt wurde.

Die Kundgebung des Städtetages hat jeden Zweifel daran beseitigt, daß alle Städte unter großen Finanzschwierigkeiten leiden.

Mit Recht haben zur Unterstützung ihrer Ansprüche die Vertreter der Städte darauf verwiesen, daß das Reich und die Staaten ohne leistungsfähige Gemeinden nicht denkbar sind. Es scheint uns jedoch, als ob der Gesichtspunkt, daß auch die Gemeinden an einer gesunden Finanzwirtschaft des Reiches — die die Besitzenden heranzieht, die sozial Schwachen aber schon — ein großes Interesse haben, zu kurz gekommen wäre. Denn kommen die Finanzen des Reiches in Ordnung, dann wird es möglich, durch das Aufheben der Geldentwertung die hauptsächlichste Ursache der jetzigen Notlage der Gemeinden zu verstopfen. Aber dieser Gesichtspunkt wurde nur von dem unabhängigen und dem kommunistischen Redner vertreten.

Die gewerkschaftliche Warenverförgung

Die Warenverförgungsstelle Deutscher Gewerkschaften wurde zu Ende des vergangenen Jahres ins Leben gerufen, zu einer Zeit, wo Arbeitslosigkeit und mangelnde Kaufkraft schwer auf das deutsche Wirtschaftsgeschehen drückten, und es immer mehr schmerzhaft drohten. Das Reich hat unter Verlehrsichtigung der großen wirtschaftspolitischen Bedeutung des Unternehmens, und auch wegen seiner Wirkung in sozialpolitischer und finanzieller Hinsicht auf die Gesamtheit selbst sich zu einer Kreditgewährung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die in der Warenverförgungsstelle zusammengeschlossenen Verbände entschlossen. Das Darlehen wird verzinst und wird dadurch, daß das Eigentum der beschafften Waren auf das Reich übertritt, sichergestellt.

Ihre Existenzberechtigung hat die Warenverförgungsstelle in der kurzen Zeit ihres Bestehens wohl am besten dadurch nachgewiesen, daß sie sich in wenigen Monaten aus dem Nichts zu einer großen Organisation ausgebildet hat, die einen bedeutenden Millionenumsatz aufzuweisen hat. Der praktische Weg, auf dem die gewerkschaftliche Warenverförgung ihr Ziel zu erreichen strebt, ist der, daß im ganzen Reich Verteilungsstellen eingerichtet wurden, von welchen die organisierten Personen die beschafften Gegenstände beziehen können. Die Preise der durch die gewerkschaftliche Warenverförgung beschafften Gegenstände untercheiden sich vielfach sehr stark von denen des freien Handels. Nur dadurch löst sich der große Andrang und der rasche Ausschupfung der Warenverförgung erklären.

Die Gründe, die für die Errichtung der Warenverförgungsstelle gesprochen haben, dauern unverändert fort. Trotzdem besteht die Gefahr, daß die Regierung dem Drängen der Interessentenverbände auf Entziehung des Reichskredits gegenüber nicht so fest bleibt, wie es in Konsequenz ihres bei Gründung der Warenverförgungsstelle eingenommenen Standpunktes hätte erwartet werden müssen. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben erkannt, daß es sich hier um einen Kampf des freien Handels um seine Ueberfreiheit dreht. Die Kundgebungen, die von allen Teilen des Reiches einlaufen, lassen keinen Zweifel darüber, daß auch sie den Kampf aufnehmen werden und keinesfalls gewillt sind, zugunsten des schrankenlosen Gewinnmachens auf diese Einrichtung zu verzichten. Diesen Standpunkt werden sie auch der Regierung gegenüber mit allem Nachdruck und als Gegengewicht gegen die fortwährenden Beeinflussungsversuche des Gegners verfechten.

Der Reigen der Muder

Die heutige Verhandlung des „Reigen“-Prozesses wurde zunächst durch neuerliche Zeugnisaussagen ausgefüllt. Die Hoffnung, daß er nur noch die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger bringen würde, hat sich also nicht erfüllt.

Zu Beginn der Verhandlung teilt Rechtsanwalt Heine mit, daß die Rechtsprose die Aussage des Sachverständigen Baron zu Puttlich ganz unterschlagen hat. Man unterstelle Frau Ensdorf, sie habe den Reigen nur aufführen lassen, um ihre Kassen zu füllen, eine Verleumdung, die der bisherige Gang des Prozesses nicht gestatte.

Es folgt dann die Vernehmung einiger weiterer Zeugen und Zeitschwestern, die natürlich alle Anstoß genommen haben. Eine Zeugin sagt aus, daß sie zwar nicht gefährdet worden sei, sie wolle sich nur vergewissern, ob ihr 25jähriger Sohn, der den Reigen gesehen hatte, nicht dadurch auf Abwege geführt worden könnte. Sie ist zu ihrer Unterhaltung hingegangen, obgleich sie mußte, daß es sich um ein „anständiges“ Stück handelt.

Der Zeuge und Sachverständige Rechtsanwalt Wolff ist geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins. Er hat besonders das Publikum beobachtet und nichts von Lächerlichkeit bemerkt. Das Stück war eher langweilig als aufreizend. Er machte auf das Urteil eines sachlichen Gerichts aufmerksam, durch das das Buch als nicht unzüchtig freigegeben worden sei. Eine Vorstellung des Reigen in einer literarischen Gesellschaft vor zehn Jahren habe viel frivoler und erotischer als die Aufführung im Kleinen Schauspielhaus gewirkt. Das Verbot des „Reigen“ in Breslau sei durch direkte Verfügung des Ministeriums des Innern aufgehoben worden.

Vorausichtlich wird im Laufe des heutigen Tages das Urteil gefällt werden.

Die Berliner Abrüstungskundgebung

An der am Sonntag im Zirkus Busch anlässlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenzen von Washington und Amsterdam stattfindenden Kundgebung des Aktionsausschusses „Wie wieder Krieg?“ beteiligten sich außer der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung die nachstehend genannten Verbände: Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Zweig Berlin), Bund Neues Vaterland, Deutsche Liga für Völkerverbund, Deutsche Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsdienstgegner, Deutscher Pazifistischer Studententbund und der Bezirksverband Berlin des Bundes entschiedener Schulkreformer. Wilhelm Dieterle, das Mitglied der Holländer-Bühnen, wird einleitend pazifistische Verse sprechen, und Armin T. Wegner hält „dem unbekannten deutschen Soldaten Deutschlands“ anlässlich der Wiederkehr des Waffenstillstandes eine Gedenkrede. Zu dem Thema „Washington — Amsterdam“ werden referieren: Wilhelm Heumann von der Gewerkschaftskommission, H. v. Gerlach, Hauptmann a. D. Billy Meyer, Antonio Buelz, R. d. R., Professor Paul Destréich und Dr. Hans Simons jr. Der Zutritt zu der Kundgebung — die pünktlich 10 1/2 Uhr beginnt — ist frei. Einschaltungen sind von 9 1/2 Uhr an den Kassenschaltern des Zirkusgebäudes zu haben.

Berlin im Schnee. Der harte Schneefall, der die Nacht über herrschte, hat die Straßen und Plätze der Stadt winterlich eingefärbt. Jubelnd begrüßten die Schulkinder am frühen Morgen den langenbedehnten Anblick. Weniger erwidert waren die Erwachsenen, besonders diejenigen, die auf die Straßenbahn angewiesen sind, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen, denn der Verkehr stockte vielfach infolge selbsterzorener Weichen und aus ähnlichen Gründen. Die erforderlichen Arbeiten wurden im wesentlichen von den Arbeitern des städtischen Reinigungswesens und der Straßenbahn bestritten.

Die Groß-Berliner Finanzämter bleiben bis auf weiteres an jedem Montag für den Parteienverkehr geschlossen, da die Beamten durch Abschluharbeiten in Anspruch genommen sind. Dasselbe gilt von den Finanzkassen.

Das Diebesverderb in der Dachkammer. Als mehrere Bauarbeiter in einem Geschäftshaus in der Krausenstraße geldern damit beschäftigt waren, das Dach abzubauen, um ein weiteres Stockwerk auszubauen, entdeckten sie einen toten Raum, der mit Diebesgut und Einbrecherwerkzeug angefüllt war. Einbrecher, die diesen entdeckt hatten, haben ihn ohne Wissen der Mieter und des Hauswirts als Diebesverderb bemerkt.

Eisenbrönde statt Schnaps. Gestern nachmittag wurde die Feuerweh wegen einer angeblichen Gasvergiftung nach der Knechtstraße in Neukölln alarmiert. Hier stellte sich heraus, daß der Arbeiter Franz Brosinski versehentlich eine falsche Flasche ergriffen und Eisenbrönde statt Schnaps getrunken hatte. Ein lächerlich herbeigeruchener Art pumpte dem Manne sofort den Magen aus, so daß er ohne größeren gesundheitlichen Schaden davontant.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Ueberwiegend trübe, etwas neblig-trottmeter mit mehreren Schneefällen und mäßigen südlichen Winden.

die durch die Linienstraße kommen, können meistens kein Französisch; sie legen nicht „Folies Caprice“ sondern „Folies Kapriole“. Und so ähnlich hat sich auch die manchmal recht amuntige oder mindestens wihge Unanständigkeit der französischen Boulevardtheater auf dem Wege in die Linienstraße verändert. Die Zweideutigkeiten der hier angeführten Vossen sind recht eindeutig. Und damit das Publikum auch ganz gewiß alles richtig versteht, wird jeder Witz in jedem Stück mindestens zweimal vortragen, manchmal auch öfter.

Das Urteil war einstimmig. Ueberall hörte man es flüstern: „Das wäre was für Professor Brunner!“ Aber er war nicht da, er war in dem Reigen beschäftigt, den man in Moabit um den „Reigen“ aufführt. Und so war niemand da, der das politische vorgeschriebene Vergernis hätte nehmen können. Traurig, traurig! Professor Brunner ist überfallen. Es wäre an der Zeit, daß das Wohlfahrtsministerium noch ein paar tüchtige Leute anstelle, die befähigt sind, ebenso prompt und zuverlässig, wie Herr Professor Brunner, das politisch vorgeschriebene Vergernis zu nehmen. Einer hätte allein mit dem „Folies Caprice“ vollauf zu tun. H. S.

Senefelderfest der Lithographen. Zur Feier des 150. Geburtstages von Alois Senefelder, dem Erfinder der Lithographie und des Steindrucks, hatte der Verband der Lithographen, Ortsgruppe Berlin, am Sonnabend in die Brauerei Friedrichshain seine Mitglieder und Freunde eingeladen. — Zur Einleitung sang der Berliner Sängerkor unter seinem Dirigenten Heit aus der Zauderliste von Mozart: „O Schußgeist“. Nach diesem erhebenden Gesang hielt der Vorsitzende des Verbandes, Joh. H. A. die Festrede. Mit klaren und zu Herzen gehenden Worten sprach er von dem Segen, der durch Senefelders Kunst in das Leben, in die Heimstätte des Proletariats gekommen sei. Wie ihm durch das Bild jedes Buch zugänglich geworden sei, wie Bilder jetzt die vorher fehlenden Wände der Arbeiterwohnung schmücken und dadurch der Sinn erweitert und gehoben werde. An die innigen Dankesworte, die er zu Senefelders Gedächtnis sagte, knüpfte er glühende Worte von der Pflicht des Proletariats, nicht zu ruhen, ehe die Arbeit frei sei, frei vom Kapitalismus, frei von allem Dru. Und hieran schloß er die Parole als Kampfruf für die Zukunft mit den Worten von Hauptmanns Florian Geper: „Der deutschen Zwiestracht mitten ins Herz“. Die Kammermusikvereinigung der Staatsoper erfreute durch den Vortrag von Beethovens Septett und der Serenade von Haydn. Dem schloß sich ein Melodram, „Weibe des Werkes“, einstudiert von Clarise von Robert, an. Man sah auf großen Steinquadern den Kopf Senefelders vom Scheinwerfer beleuchtet, und vor ihm stand die Vortragende und sprach ihm einen Hymnus. Während wirkte ein kaum Sechsjähriger, der mit Schulfmappe und Silberbuch ankam, um Senefelder für alle schönen bunten Bilder zu danken. Frauen in farbigen Gewändern mit großen roten Blütenfischen in den Händen und Lorbeerzweigen folgten in langsamem Rhythmus, um das Bild Senefelders mit einem großen goldenen Rahmen zu krönen. Es war ein wunderschöner Anblick, und alles war glänzend einstudiert und gelungen. Auch die Restauration von C. von Robert und die Lieder, die Frau Bedje-Parsen sang und reigvoll zu Gehör brachte, ernteten reichen

Beifall. Die schöne Fete beschloß der Arbeiter-Sängerkor mit Uthmanns „Heiligem Feuer“.

Nichard Strauß-Abend (Große Volksoper). Die Abonnementkonzerte der Großen Volksoper sind an Gustav Bröcher gebunden, der sich mit jeder neuen Aufführung als immer ungeeigneter auf dem Konzertsaalpodium erweist. Seine routinierte Oberflächlichkeit taktiert über das Wesentliche eines Wertes hinweg und umreißt nur die äußerliche Struktur. Am blutleinsten kam seine Art in „Till Eulenspiegels lustigen Streichen“ zum Ausdruck, weil in dieser Schöpfung am spätesten der sprühende Geist des musikalischen Inhalts mit der phlegmatischen trodden Auslegung Bröchers kontrastierte. In der „Alpenhymne“ prasselten die hohen Effekte, ohne daß in den feineren melodischen und kontrapunktischen Partien ein Ausgleich durch dirigistische Intensität und Beschwingtheit erreicht worden wäre. Straußens schöpferische Kraft aber scheint sich immer mehr im Dagegenen zu verflüchtigen. Die drei „Hölderlin-Hymnen“, die zur Kraufführung gelangten, sind orchestral nur noch ein schwacher Abglanz einstiger Instrumentationsouverantität, und allem Melodischen fehlt die Schwungkraft, die wie einst bei Strauß hervordrohend und inspirationsgetragen etwas Persönliches darstellt. Friz Windisch

Gerhart Hauptmann ist in dieser Woche in Wien in schöner und großzügiger Weise gefeiert worden. Alle Staatsbehörden, bis zum Präsidenten der Republik, beteiligten sich an den Ehrungen. Dem Dichter wurde ein Staatswagen während seines Aufenthalts zur Verfügung gestellt. Das Burgtheater spielte „Der Bippa lang“. In der Universität sprach Hauptmann über Deutschlands Wiedergeburt.

Tages-Notizen

Gewerkschaften. Schiller-Theater: 15. Die Schmetterlingsflucht. — Deutsches Theater: 16. Obern. Volksbühne: 17. König Lear. — Reibung-Theater: 17. Das zweite Kind. — Neues Theater am Zoo: 17. Der Dummkopf. — Theater in der Königstraße: 18. Hühner. — Neues Volks-Theater: 18. Völkchen. — Stadt-Theater: 19. Christoph. — Schiller-Theater: 19. Sieben.

1. Kammermusikabend des Volksbildungsvereins Neukölln. Sonntag, 7 1/2 Uhr, Kula des Reform-Konjunktionsvereins, Kollnsee, 34-41. Das Musikalisch-Quartett (Deutsches Opernhaus) spielt drei Werke von Beethoven. Karten 2,10 (numerierter Saalplatz) und 1,10 (Balkon).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine. Auf Initiative des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes und des Arbeitervereins in eine Dramatische Arbeitsgemeinschaft, umgeben von Kaffeehaus, proletarisches Rund und Bühnenfest, Unterwegs proletarischer Bühnenfest, proletarisches Schulung im proletarischen Bühnenfest. Die erste Zusammenkunft findet Sonntag, 7 1/2 Uhr, in der Schule Gipsstraße, nahe Kollnseeplatz, statt. Einleitendes Referat: „Kommunistische proletarische Kunst“.

Vertrauensabend. Franz Rantow-Gesellschaft spielt Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Kollnseeplatz (Kollnseeplatz) Kollnseeplatz. 34-41. Das Musikalisch-Quartett (Deutsches Opernhaus) spielt drei Werke von Beethoven. Karten 2,10 (numerierter Saalplatz) und 1,10 (Balkon).

Die Vereinigung der Arbeitervereine beim Verfalligen Bundestag veranstaltet ein Konzert zum Gedenken ihrer Verfalligen Bundestag. Sonntag, 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Opernhauses, Prinz-Albrecht-Str. 3, unter Mitwirkung des Musikvereins „Contra“, des Männerchor „Sänger“, des Sängerkor „Sänger“.

Gewerkschaftliches

Für die Einheitsfront

Eine Vollversammlung sämtlicher Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe und Verwaltungen des 20. Verwaltungsbezirks fand am Dienstag in Reinickendorf statt. Hellwig vom Metallarbeiterverband sprach über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten. Er schilderte die Folgen, die der Krieg, die Nachwirkungen des Krieges und der Friedensvertrag für Deutschland hatten. Er besprach ferner die furchtbaren Leiden der Bevölkerung, die zunehmende Geldentwertung und erklärte zum Schluss, daß es notwendig sei, eine Einigung der Gesamtarbeiterchaft herbeizuführen. Viele Gewerkschafter, die den verschiedensten politischen Parteien angehören, haben eingesehen, daß durch die Zersplitterung der Arbeiter der Kapitalismus allmächtig wurde. Eine in diesem Sinne eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Der Obmann Tost sprach über Bezirksangelegenheiten und dem Bericht, den er gab, wurde allseitig zugestimmt. Redner erklärte, die gesamte Kollegenschaft des Bezirks fordere von ihren Betriebsräten, daß sie sich für die Wirtschaftshilfe von 1000 Mark und Erhöhung der Stundenlöhne einsetzen müßten. Tost gab noch einen Bericht über die Sammlungen der Russlandhilfe und forderte zum Schluss die Kollegen auf, für die Einheitsfront der Arbeiterchaft zu wirken. Die äußerst herzlich verlaufene Versammlung zeigte ein harmonisches Gepräge im Gegensatz zu sonstigen Versammlungen, die in vieler Beziehung zu wünschen übrig lassen.

Abschluß eines neuen Tarifvertrages in der feinkeramischen Industrie

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen in Eisenach und nach dem Ablauf des alten Tarifes am 30. September setzten in der gesamten feinkeramischen Industrie lebhaftere örtliche Lohnbewegungen ein. Die Unternehmer verzichteten sich strikt ablehnend und erklärten überall, durch Beschlüsse ihrer Organisation gebunden zu sein und nicht über das letzte Angebot von Eisenach hinausgehen zu können. Die Folge waren umfangreiche Streiks, in die mit Ablauf der letzten Oktoberwoche ungefähr 30.000 Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes, von rund 60.000 Mitgliedern überhaupt, verwickelt waren. Die Unternehmerorganisation hatte zur Abwehr dieser Kämpfe beschlossen, am 29. Oktober sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie auszusperrn. Die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes in den bayerischen Porzellanfabriken hatten sich an das Landesvereinsamt in Nürnberg gewandt mit dem Ersuchen, Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten mit dem Ziel, den Kampf für die bayerische Porzellanindustrie zu beenden, solange eine zentrale Verständigung für das ganze Reich unmöglich erscheine.

Im Verlauf der mühevollen Verhandlungen kam es zu einem Lohnabkommen auf drei Monate, das Lohn erhöhungen von 17 bis 20 v. H. aufweist. Gestützt wurde zu gleicher Zeit ein Manteltarif, der am 30. September 1922 abläuft.

Im Manteltarif konnte manche Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand abgewehrt werden. In der Frage des Ferienurlaubes wurde eine geringe Verbesserung erzielt, so daß ein Anspruch auf 12 Tage Urlaub nicht erst mit 25 Jahren, sondern bereits mit 15 Jahren, und nach 25 Jahren Beschäftigungsdauer im Betriebe ein Urlaub von 15 Arbeitstagen erreicht wird.

Nachdem beide Vertragsparteien dem neuen Tarif und Lohnabkommen zugestimmt hatten, konnten die Bedingungen formuliert werden, unter denen der Kampf beendet und die Arbeit wieder aufgenommen sei. Die hauptsächlichste Bestimmung ist hierbei, daß alle Beschäftigten wieder eingestellt werden.

Damit war die angekündigte Aussperrung nicht erst zur Tatsache geworden, der Kampf ist auf der ganzen Linie beendet, und soweit sich übersehen läßt, vollzieht sich auch die Arbeitsaufnahme bis auf einige wenige Fälle ziemlich glatt. Fast an allen Orten, wo die Porzellanarbeiter im Kampfe gestanden haben, hat die übrige organisierte Arbeiterchaft diesen mit ihren Sympathien und auch mit weitgehender materieller Unterstützung hilfreich zur Seite gestanden.

U.S.P. Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, findet in der Schulaula am Kopenplatz eine wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre (Betriebsräte, Betriebsräte, Mitglieder der Verwaltung, sowie Delegierte zur Generalversammlung) statt.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage, 2. Wichtige Parteiangelegenheiten. Referent Gen. Seger.

Mitgliedsausweis des U.S.P. und des Metallarbeiterverbandes legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U.S.P.D.
J. H. S. Holz.

Lohnbewegungen der Schornsteinfeger

Die Schornsteinfegergesellen Berlins befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie haben den Tarif gekündigt und fordern den mehr als minimalen Wochenlohn von 320 Mark. Das Verlangen erscheint recht bescheiden, und trotzdem finden die Schornsteinfegergesellen keinen Anklang bei den Meistern, die 290 Mark für ausreichend halten und vorgeben, einen höheren Wochenlohn nicht zahlen zu können, weil die Kehrtafe die erforderlichen Einnahmen nicht garantiert um den Gesellenforderungen gerecht zu werden. Der angerufene Schlichtungsausschuss hat den Gesellen einen Wochenlohn von 300 Mark zugesprochen, den die Betriebsinhaber ebenfalls abgelehnt haben. In weiteren Verhandlungen soll die Meisterschaft von der Berechtigung der geringen Forderungen ihrer Gesellen überzeugt werden. Ueber das mangelnde soziale Empfinden der Berliner Schornsteinfegermeister muß man staunen. Hoffentlich gelingt es der organisierten Gesellschaft, ihre Forderungen alsbald durchzusetzen.

Zur Aussperrung in den Deutschen Kabelwerken

Am 9. November brachten wir eine Mitteilung des Fabrikarbeiterverbandes über Differenzen in der Abteilung Reisensfabrik obiger Werke. Die Firma beehrt uns nun mit einer „Berichtigung“ und nimmt an, der Verband wäre das „Opfer eines durch eine falsche Darstellung hervorgerufenen Irrtums geworden“. Dazu erklärt der Verband der Fabrikarbeiter, daß sie von ihrer Notiz, die sie mit ihrem Namen deckt, nichts zurückzunehmen oder abzuändern hat. Ausführlich wird uns der Irrtümliche Fall geschildert, aus dem hervorgeht, daß die Firma sehr willfürlich gehandelt, die tariflichen Schlichtungsinstanzen nicht angerufen und die tariflichen Löhne nicht zahlt, weshalb nach wie vor die Sperre aufrechterhalten wird.

Die Berichtigung hat folgenden Inhalt: „In dem Betriebe der Gummireifenfabrik der Deutschen Kabelwerke hat eine Aussperrung nicht stattgefunden. Es sind lediglich einige als Widler beschäftigte Arbeiter unter Einhaltung der ver-

einbarten Kündigungsfrist entlassen worden, nachdem dieselben nicht gewillt oder in der Lage waren, eine Durchschnittsleistung zu erzielen, welche vom Verband der Fabrikarbeiter als eine Normalleistung angesehen war. Ein Teil dieser zur Arbeit in der Werkelei unfähigen Arbeiter hat Beschäftigung in einem anderen Teil des Betriebes gefunden. Nachdem alle Arbeiter durch Anschlag einige Tage zuvor darauf aufmerksam gemacht worden waren, daß die Firma zur Erhaltung der Konfurmöglichkeit ihrer Werke gezwungen sei, eine von den zuständigen Gewerkschaften als normal bezeichnete Arbeitsleistung zu verlangen, mußte im Interesse der Erhaltung des gesamten Betriebes zu dieser Entlassung geschritten werden. Eine Lohnbifferenz kann deshalb nicht vorliegen, weil im Betriebe der Deutschen Kabelwerke Tariflöhne anerkannt und bezahlt werden.“

Ein empfindlicher Arbeitgeber

Aus den Kreisen des Deutschen Werkmeister-Verbandes wird uns mitgeteilt, daß der Bezirksverein Charlottenburg seine Monatsversammlung am 4. November in seinem bisherigen Vereinslokal in den Hohenzollern-Festhallen, Berliner Str. 105, abhielt. Ein Funktionär besprach u. a. den Streit der Gasthausangestellten und machte auf die schlechte Bezahlung der Angestellten aufmerksam. Dem Besitzer des Lokales, der diese Ausführungen hörte, pagten diese Bemerkungen nicht, er erklärte, daß die Bezahlung eine brillante sei und erbot sich, dies zu beweisen. Das Verlesen des Tarifs und die Zustimmung tätiger Angestellten in diesem Lokal ergab die Richtigkeit der Ausführungen des Referenten. Der darob zur Rede gestellte Besitzer wurde verlegen und quittierte dies damit, daß er dem Werkmeister-Verband das Versammlungslokal für immer entzog. Er verzichtete auch darauf, daß der Bezirksverein seine Vergütungen bei ihm abhalten soll.

Da dieses Lokal viel von Arbeitern und Angestellten besucht wird, so dürfte es wohl überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß einem solchen sozial denkenden Unternehmer nicht die Gehaltsgewinn gegeben werden soll, sich auf unsere Kosten weiter zu bereichern. Partei und Gewerkschaften in Charlottenburg dürften den Kauschmiß eines Vereins seitens des übermühtigen Unternehmers dennoch im Gedächtnis behalten.

Der Achttundentag in Polen abgeschafft

Das 1919 ins Leben getretene Gesetz bezüglich des achttündigen Arbeitstages ist in Polen vor kurzem für zwei Jahre aufgehoben worden. Nunmehr soll die Erhöhung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden der Vereinbarung der Unternehmer und Arbeiter überlassen werden.

Parteiveranstaltungen

1. Mittwoch (Wahltag). Voranfrage. Am Sonntag, den 12. November, findet ein Kameradschaftsabend im Schiller-Gymnasium statt. Mitwirkende: Dr. Rumboldt, Frau Gisela Schöninger, Frau Ottilie Karman, Gertha Gutmann, Theresia Burban, Eintrittsgeld 1,50 M., Einisch 0,50 M., Anfang 7 Uhr. Eintrittskarten sind noch beim Genossen Kraft, Albrechtstr. 21, und Genossen Linxwoll, Seestr. 108, zu haben.

Sonntag, 13. November

1. und 2. Mittwoch. Der 1. Kammerabend findet abends 7 1/2 Uhr in der Kasse Jungferstr. 2 statt. Karten zu 2,50 M. an der Kasse. Orchester und Funktionäre werden eine Stunde früher erscheinen.
Charlottenburg. Der 1. gemeinsame Kammerabend findet abends 7 1/2 Uhr in der Kasse Jungferstr. 2 statt. Karten zu 2,50 M. an der Kasse. Orchester und Funktionäre werden eine Stunde früher erscheinen sein.

Besondere Mitteil. für Politik und Freizeitsport: Des Reichsverbandes, Berlin-Bezirk, für Kommunisten, Politik und Gewerkschaftliches: G. Kubier, Berlin; für den Judentum und geistliche Mitteilungen: Radwiß Kametzki, Charlottenburg. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, S. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 1, Breite Straße 54.

- Säbel mit Schnalstiel . M. 0.95
- Pfeilrevolver m. 3 Schießscheiben, im Karton zusammen M. 3.25
- Kortengewehre in guter Ausführung M. 4.95
- Holzbilderbaulasten 6.95
- Musiktreisel extra groß M. 8.06
- Hausrat im Karton . . M. 8.00
- Handwerkstafeln M. 9.06
- Kaufstäden mit reichem Inhalt M. 13.00
- Kochherd mit 5 Töpfen M. 16.25
- Holzseisenbahn, mit 100 M. 29.50

3 Treffer In unserer Warenliste haben Sie Kinder Gelegenheit, sich große Gewinne zu holen. — Nur Kinder in Begleitung der Eltern sind zugelassen.

Kinder-Belustigung

in unserer Spielwaren-Abteilung



- Gelenkpuppe mit Haar u. Schleißen, 35 cm M. 12.50
- Werspuppe mit Stimme M. 12.50
- Geliebte Puppe mit Haar u. Schleißen, 35 cm M. 29.50
- Gelenkpuppe mit Haar u. Schleißen, 35 cm, Batteriestrombetrieb M. 39.50
- Kugel-Mosaik-Legespiele 1.45
- Gesellschaftsspiele in vielen Sorten M. 2.95
- Hühnerhöfe in Holzbauweise, mit 100 M. 4.75
- Regelspiele in Holzbauweise M. 5.75
- Rollwagen mit Räder und Rollen M. 5.95
- Große Puppenschaukel 8.50

Julius Loewenberger & Co.

Swinemünder Straße 86, Ecke Loringstraße. * Straßendampferverbindungen, Haltestelle Demminer Str.: 27, 40, M. G. 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13 und Ringbahnhof Gesundbrunnen

Ende November erscheint der

USPD Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvereinigungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einkommen- und Ausgabentabellen
Statistik der Reichstagswahlen
Reichshandelsabreden / Material Tarife / Interessante Notizen u. a.

Gutes Schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden

5.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 / Breite Straße 8-9

Gold- Silber- Platin- Bruch

Goltzkowsky-Strasse 13

Wichtig für jeden Arbeitnehmer!

Reichs-Einkommensteuer Lohnsteuer Abzug vom Arbeitslohn

Von Eugen Prager mit Tabellen, Beispielen und Erläuterungen
Preis 4.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 • Breite Straße 8-9

Altmetalle

kauft zu hohen Preisen
SO, Weidenstraße 61.

Geld für jede Ware. höchste Ankaufspreise für Goldschmied, Brillanten, Goldgeschmied, Tapeten, Silber, Eisen, Kupfer, Messing, etc.

Verkäufe

Hausverkauf! Bitte an Händler und Privat. Schenkestr. 101 (Rathhausgebäude).

Central-Verkaufhaus, Albrechtstr. 71, Ecke Kottbuscher Platz, täglich von 10 bis 6 Uhr. Verkauf von hochwertigen Waren, wie: Uhren, Schmuck, etc.

Kreuzstraße 100. — Verkauf von hochwertigen Waren, wie: Uhren, Schmuck, etc.

Verkauf von hochwertigen Waren, wie: Uhren, Schmuck, etc.

Kleine Anzeigen

Das Verzeichnis Nr. 1. — M. jedes weitere Jahr im Zeit 1.50 M. netto. Stellenanzeigen: Verzeichnis Nr. 1.50, jedes weitere Jahr im Zeit 1. — M.

Rechtsauskünfte

Erfinder, Verordnungen, Patente, etc.

Ansiedlungen

Fredersdorf
eingerichtete Parzellen (1000 qm) im Ortsteil, etc.

Verkauf von

Rechtsauskünfte, Ansiedlungen, etc.